

II- 969 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 10. März 1971 No. 527/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Reinhart, Blecha, Schieder
und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Justiz
betreffend Presserechtsreform in Österreich.

Vor der Nationalratswahl 1970 widmete die SPÖ in ihrem
am 22.11.1969 vom Parteirat beschlossenen Justizprogramm
den Fragen der Presserechtsreform einen eigenen Abschnitt.
Darin wird im besonderen vorgeschlagen:

- a) Keine Entgegnungspflicht bei wahrheitsgetreuer Parlaments-
berichterstattung.
- b) Sicherung der freien und objektiven Gerichtssaalbericht-
erstattung.
- c) Streichung des § 10 Pornographiegengesetzes.
- d) Erweiterter und voll wirksamer Schutz des Redaktionsheim-
nisses in allen behördlichen Verfahren.

In der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Dr. Kreisky
vom 27.4.1970 heißt es dazu unter anderem:

"Die Bundesregierung verfolgt mit besonderer Aufmerksamkeit jene großen Veränderungen, die sich auf dem Gebiete des Informationswesens und der Publizistik vollziehen. Sie ist sich bewußt, daß es hier offene Fragen gibt, die einer gesetzlichen Regelung bedürfen. Die Bundesregierung wird stets bereit sein, zusammen mit dem Gesetzgeber jene Maßnahmen zu treffen, die dem verstärkten Schutz der Informationsfreiheit einschließlich des Schutzes des Redaktionsheimnisses dienen. Es ist aber auch ihre Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß die persönliche

- 2 -

Sphäre jedes einzelnen Staatsbürgers geschützt wird. Diesen Zwecken sollen die gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiet des Presserechts und des Rechts im Bereich der anderen modernen Massenmedien dienen."

Den unterfertigten Abgeordneten ist bekannt, daß vom Bundesministerium für Justiz zwei Gesetzentwürfe für eine Presse-rechtsreform und zwar eine

Novelle zum Pressegesetz und eine
Novelle zum Journalistengesetz

ausgearbeitet und zur Begutachtung versendet wurde.

Weiters wurde dem Nationalrat ein Bericht des Bundesministers für Justiz betreffend die Reform des österreichischen Presse-rechtes unterbreitet.

Schließlich fand am 25.2.1971 eine Enquete über die "Situation der Presse in Österreich" statt, zu der der Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaft Druck-Papier-Presse-Rundfunk eingeladen hatte. Bei dieser Enquete wurde auf verschiedene offene und aktuelle Probleme hingewiesen.

Hiezu stellen die unterfertigten Abgeordneten die folgenden

A n f r a g e n:

- 1) Welche weiteren Vorhaben bestehen seitens des Bundesministeriums für Justiz zur Verwirklichung der Presserechtsreform ?
- 2) Welches sind die Schwerpunkte der beabsichtigten Presse-rechtsreform ?
- 3) Liegen dem Bundesministerium für Justiz für die Arbeiten an der Presserechtsreform Erfahrungen aus anderen Staaten vor ?
- 4) Welche Stellung nehmen in der Presserechtsreform Rundfunk und Fernsehen ein ?